

Boitzenburger Landbote

Informationsblatt der Bürgerinitiative Eselshütt
für das Boitzenburger Land und Umgebung



Ausgabe Nr. 4

November 2020

Deutschland – von Pestiziden verpestet

Pestizide verbreiten sich kilometerweit durch die Luft und lassen sich praktisch überall in Deutschland nachweisen. Selbst weit ab von landwirtschaftlich genutzten Flächen, wie z.B. auf dem Brocken im Nationalpark Harz, wurden Pestizid-Wirkstoffe nachgewiesen. Im ackerfreien Berlin waren es allein 18 Pestizidwirkstoffe. So das Ergebnis einer Studie, die das Umweltinstitut München gemeinsam mit dem Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft in Auftrag gegeben hat. Es handelt sich hierbei um die bisher umfassendste Untersuchung der Pestizidbelastung der Luft.

In Deutschland werden jährlich im Durchschnitt mehr als 30.000 Tonnen Pestizid-Wirkstoffe ausgebracht. Und obwohl es immer wieder Hinweise darauf gibt, dass sich umwelt- und gesundheitsschädliche Ackergifte auch über größere Entfernungen hinweg vom ursprünglichen Einsatzort verbreiten, gab es dazu bisher keine umfassenden staatlichen Untersuchungen. Deshalb wurde vom Umwelt-

institut München zusammen mit dem Bündnis für enkeltaugliche Landwirtschaft im Jahr 2019 das unabhängige Büro für Integrierte Umweltbeobachtung TIEM beauftragt an 116 Standorten in ganz Deutschland die Luft auf Pestizide zu untersuchen. Dafür wurden Passivsammler, Luftfiltermatten aus Passivhäusern, Baumrinde und Bienenbrot aus Bienenstöcken verwendet. Außerdem flossen in die Studie Ergebnisse eines 2014 bis 2018 von TIEM durchgeführten Rindenmonitorings ein, bei dem ebenfalls Baumrinde auf Pestizidrückstände geprüft wurde. Damit ergab sich eine Gesamtzahl von 163 Standorten.

In unserer Region wurden Standorte in Angermünde, Peetzig, Friedrichswalde, Gerswalde, Groß Schönebeck, Lychen-Wurlgrund und Temmen untersucht.

Der Cocktail macht's

Die ermittelten Daten zeigen, dass innerhalb eines Jahres Standorte ohne Pestizid-Belastung in der Luft sehr un-



Bild von PublicDomainPictures auf Pixabay

wahrscheinlich sind. Anzahl und Zusammensetzung der nachgewiesenen Wirkstoffe sowie die Höhe der Belastung hängen vom Standort, aber auch von den Eigenschaften der Wirkstoffe selbst ab. Die Belastung ist dort höher, wo eine intensive Ausbringung von Pestiziden zu vermuten ist. Der Abstand zur nächsten potenziellen Quelle hat allerdings nur relativen Einfluss. Daher muss auch dort, wo Pestizide nicht ausgebracht, mit einem umfassenden Cocktail von Wirkstoffen gerechnet werden. Die Forderung, die Wechselwirkungen dieser Stoffe aus der Luft auf den Menschen näher zu untersuchen ist berechtigt, sind diese Wirkungen doch noch gänzlich unbekannt. Nur ein ganz kleiner Teil der Ärzteschaft wendet sich im Rahmen der Umweltmedizin derzeit diesem Thema zu. Dabei sind Vergiftungen häufig die Ursache für vielfältige, häufig auch chronische Erkrankungen. Mangelnde Widerstandskraft, ein schwaches oder übererregtes Immunsystem, eine angegriffene Darmflora gehören auch in dieses Spektrum. **Die Ergebnisse dieser Studie lassen erkennen, dass Glyphosat weiter in der Luft verbreitet ist als jeder andere untersuchte Wirkstoff.**

- **Insgesamt wurden in 163 Proben 152 Wirkstoffe nachgewiesen,**
- **Davon waren 138 Stoffe auf landwirtschaftliche Quellen zurückzuführen.**
- **Von den 138 gefundenen Wirkstoffen waren 30% zum jeweiligen Messzeitpunkt nicht mehr oder noch nie zugelassen.**

Die statistische Analyse identifiziert den Naturraum des Standorts sowie die Intensität der Landwirtschaft als wichtige Einflussfaktoren. Die Faktoren Schutzgebiete und Distanz zur nächsten potenziellen Quelle haben wenig Einfluss auf die nachgewiesenen Werte. Auch die Ausrichtung eines Standorts auf biologische Bewirtschaftung, die Winderosion und die biogeographische Lage des Standorts

wirken sich nicht auf die Anzahl der nachgewiesenen Werte aus.

Die Reaktion lässt nicht auf sich warten

Letztlich bleibt die alarmierende Erkenntnis: Pestizide bleiben nicht dort, wo sie ausgebracht werden, sondern lassen sich noch kilometerweit in der Luft, die wir atmen, nachweisen. Dass diese Nachricht den Industrieverband Agrar und den Geschäftsführer des Chemiemultis Bayer veranlassten mit haltloser Kritik die Studie zu diskreditieren, verwundert nicht. Sind das doch diejenigen, die mit dem Verkauf der nachgewiesenen Stoffe Milliarden verdienen.

Fabian Holzheid, politischer Geschäftsführer des Umweltinstituts München:

„Natürlich versucht die Bayer AG den Ferntransport von Pestiziden als völlig harmlos abzutun. Dabei ist bisher gar nicht erforscht, welche Wirkung ein Cocktail aus Pestiziden in der Luft auf Gesundheit und Artenvielfalt hat.“

Die Pestizide, die sich am meisten verbreiten, allen voran Glyphosat, und die, die nachweislich unter falschen Voraussetzungen zugelassen wurden, müssen sofort vom Markt genommen werden.

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit kündigte jetzt eigenständige Untersuchungen an, nach dem man vorher den jahrzehntelangen Aufforderungen nicht nachgekommen war.

Alle näheren Informationen, einschließlich der gesamten Studie, finden Sie auf Homepage des Umweltinstituts München e.V.: <http://www.umweltinstitut.org>

Der Landbote bedankt sich bei den Initiatoren und Verfassern der Studie.

Ernst Wagner-Rott

Impressum

BI Eselshütt - gegen industrielle Tierhaltung und für eine intakte Umwelt!
Umweltthemen um Templin und im Boitzenburger Land (Uckermark).

V.i.S.d.P.: Kyra Maralt, Warther Dorfstraße 77, 17268 Boitzenburger Land
www.bi-eselshuett.de
www.facebook.com/BIeselshuett
info@bi-eselshuett.de

Wir bedanken uns bei allen Spendern, die diese Ausgabe des Landboten möglich machen und speziell bei der Fa. Hörwerker, Templin, für die Übernahme der Druckkosten.

Druck bei Druckerei Nauendorf GmbH, Druck- und Medienzentrum Angermünde.
Layout Typograf Sonnenstatter, Hausham

GSP Boitzenburg

„GSP Boitzenburg“ – Ein neuer Verein? Oder ein Unternehmen, das sich hier neu ansiedeln möchte? Weder das Eine, noch das Andere: Die Abkürzung GSP steht für *Grundfunktionaler Schwerpunkt*, und die „Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark- Barnim“ hat den Ortsteil Boitzenburg als einen solchen erkoren.

Die Regionale Planungsgemeinschaft legte einen „Entwurf 2020“ unter dem Titel „Sachlicher Teilregionalplan – Raumstruktur und Grundfunktionale Schwerpunkte“ vor. Als GSP werden in dem Entwurf Ortsteile beschrieben, die „(...) durch ihre besonders gute Ausstattung mit Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung und ihre in der Regel vorhandene gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln auch von den anderen Ortsteilen und benachbarten Gemeinden (...) einem großen Teil der Bevölkerung eine Versorgung der kurzen Wege (bieten). Daraus ergeben sich auch Vorteile für die weitere Entwicklung und Sicherung der Grundversorgung (...)“.

Solche Voraussetzungen besitzen laut Planungsgemeinschaft in unserer näheren Umgebung die Ortsteile Lychen (amtsfreie Stadt), Gerswalde (Amt Gerswalde) und eben auch Boitzenburg (Boitzenburger Land).

Die Kriterien der Auswahl im Regionalplan:

- Sitz der Kommunalverwaltung (Hauptstandort)
- Grundschule
- Kita und Hort oder Jugendclub
- Angebote für die Altenbetreuung
- Niederlassung eines Allgemeinmediziners
- Niederlassung eines Zahnarztes
- Apotheke
- Stationärer Einzelhandel
- Personenbesetzte Bank- oder Sparkassenfiliale
- ÖPNV-Anbindung: mindestens 2 Buslinien, regelmäßige Linienanbindung in ein Mittel-, oder Oberzentrum, auch am Wochenende

Diese im Regionalplan aufgeführten Punkte dienen der Daseinsvorsorge der Bevölkerung. Doch Daseinsvorsorge ist mehr als sich in dieser Aufzählung widerspiegelt. Der hier in Aussicht gestellte infrastrukturelle Ausbau sollte sich auch in gesunden Arbeits- und Lebensbedingungen sowie in Maßnahmen für den Schutz der Umwelt und gegen den Klimawandel niederschlagen.

Industrielle Landwirtschaft ist der Hemmschuh

Kontraproduktiv zu gesunden Arbeits- und Lebensbedingungen im Boitzenburger Land ist es vor allem industrielle Tierhaltungsanlagen zu genehmigen, bzw. ohne Ablauf-fristen weiter betreiben zu lassen. Auch der großräumige Einsatz von Pestiziden im Rahmen der sogenannten „guten fachlichen Praxis“ entspricht keineswegs der Daseinsvorsorge für die Menschen. Im Oktober veröffentlichte das Umweltinstitut München die Ergebnisse einer deutschlandweiten Untersuchung zur Verbreitung von Pestiziden in der Luft und wies nach, dass sich Ackergifte über weite Strecken verbreiten. (Siehe auch Artikel zum Thema in diesem Heft).

Dass die Probleme, die die industrielle Landwirtschaft mit sich bringt, auch der Regionalen Planungsgemeinschaft bekannt sind, geht aus dem Umweltbericht hervor, der Bestandteil des sachlichen Teilregionalplanes ist. So heißt es hier im Abschnitt *Tiere/Pflanzen/biologische Vielfalt*: „Eine Gefährdung des Schutzgutes besteht in der Intensivierung der

Landwirtschaft sowie der Veränderung des Landschaftswasserhaushalts und des Klimas.“ Im Kapitel *Fläche/Boden* ist bezüglich vorhandener Umweltprobleme zu lesen: *„Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen entstehen durch die intensive Nutzung (der Böden) von Land- und Forstwirtschaft. Durch die mechanische Bearbeitung der Flächen sowie durch den Eintrag von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln kommt es u.a. zu Veränderungen von bodenchemischen Eigenschaften sowie zu Verdichtungen des Bodengefüges“.*

Öffentliches Beteiligungsverfahren abgelaufen

Zu dem Sachlichen Teilregionalplan – Raumstruktur und Grundfunktionale Schwerpunkte gab es ein öffentliches Beteiligungsverfahren, bei dem die Eingabefrist Ende Juli zu Ende ging. Die Bürgerinitiative Eselshütt hat im Rahmen dieses Beteiligungsverfahrens in ihrer Eingabe gebeten folgendes Ziel in den Teilregionalplan aufzunehmen:

„Zum Schutz des Menschen und der gesundheitlichen Vorsorge sowie zum Schutz des Wassers, der Tiere, der Pflanzen, der biologischen Vielfalt, der Landschaft, von Fläche Boden und Klima und zur Erhaltung des Freiraumverbunds gilt es, industrielle Tierhaltung und den Einsatz von Pestiziden einzuschränken und mittelfristig vollständig zu vermeiden. Gleichzeitig ist das Ziel, die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln aus ökologisch verantwortlichem Anbau und tiergerechter Aufzucht aus regional-lokalen Betrieben zu gewährleisten.“

Den gesamten Text der Eingabe finden Sie auf der Homepage der BI Eselshütt.

Der Sachliche Teilregionalplan könnte für den „GSP Boitzenburg“ viel Positives bewirken. Als Beispiel sei der ÖPNV genannt, die Möglichkeit unter Umständen weiteres Bauland auszuweisen und größere Einzelhandelsflächen zur Verfügung zu stellen. Außerdem bekommt die Gemeinde im GSP-Status im Jahr zusätzlich 100.000 Euro, die sorgsam eingesetzt werden sollten. Es würde sich für die Bevölkerung lohnen, wenn die Gemeindevertreter sich gründlich mit der gesamten Planung beschäftigen.

Der im Regionalplan angenommene Zuzug ist zu einem größeren Anteil durch Familien geprägt, die wollen, dass ihre Kinder gesund aufwachsen. Der Wunsch nach einer intakten Natur ist für die Entscheidung in die Region zu ziehen mit ausschlaggebend.

Ernst Wagner-Rott



Boitzenburg

Richtungsweisende Entscheidung des LBGR für die Zukunft des Gasbohrens in Oberhavel und Uckermark steht bevor

Wie befinden LBGR und Landesregierung? Im Sinne der Menschen, der Natur und des klugen Fortschritts oder im Gegenteil ...

Seit inzwischen 5 Jahren besitzt das Unternehmen Jasper Resources die Erlaubnis des Landesbergamtes in Cottbus (LBGR) zur Aufsuchung von Erdgasvorkommen in der Uckermark und Oberhavel. Und das, obwohl Erdgasförderung mit vielen Risiken für Natur, Klima und Gesundheit der dort lebenden Menschen verbunden ist.

Anfang 2019 gründete sich die Bürgerinitiative Gegen Gasbohren Zehdenick-Templin-Gransee um gemeinsam mit den Bürgern und Kommunen diese Gefahren abzuwenden.

Nicht nur reden, sondern Nägel mit Köpfen machen - so kann heute das Wirken der BI umschrieben werden. Diese umfassenden Bemühungen anhand von Recherchen, Aufklärung und Faktenvermittlung gegen die widersinnigen Pläne des Unternehmens vorzugehen, hat die Bewohner ins Bild gesetzt, die Bürgermeister und Stadtverordnete überzeugt, Kreistagsbeschlüsse gegen Gasbohren in beiden Regionen mit initiiert. Nur das LBGR und dessen

Hausherr, der Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg, beobachtet die BI mit Argwohn. Es ist an der Tagesordnung, dass stichhaltige Argumente der BI ignoriert oder verbal einfach weggebügelt werden.

In wenigen Tagen läuft die bestehende Aufsuchungserlaubnis aus. Da sich die Geschäftsführung von Jasper Resources nicht in der Lage sah, innerhalb dieser 5 Jahre die Aufsuchung entsprechend ihrer eigenen Vorgaben voranzutreiben, haben diese beim LBGR die Verlängerung der Erlaubnis um weitere 3 Jahre beantragt.

Über diesen Antrag hat das LBGR bis zum 08. November 2020 zu befinden.

Hat jetzt alles ein Ende oder geht es doch weiter wie in den vergangenen 5 Jahren?

Überraschend hat das LBGR die Bürgerinitiative über den Inhalt des Antrages von Jasper Resources informiert und der BI die Gelegenheit gegeben, dazu Stellung zu nehmen.

Dem ist die BI in einer eingehenden und rechtlich begründeten Stellungnahme am 25.10.2020 nachgekommen.



Demonstration gegen Gasbohren in Zehdenick im Mai 2019 (© Foto: Simone Weigelt)

Das Bundesberggesetz regelt, wer unter welchen Bedingungen das Recht erhalten kann, nach Rohstoffen zu suchen und diese zu fördern. Genauso regelt es, unter welchen Umständen dieses Recht zu versagen ist. Nach Prüfung der BI ist es Jasper Resources und seinen Geschäftsführern gelungen, alle Versagensgründe zu bedienen.

Finanzkraft nicht nachgewiesen

Dazu gehört die **fehlende, vorab glaubhaft nachzuweisende Finanzkraft** in Höhe von ca. acht bis zwölf Millionen Euro. Dieses Geld ist angesetzt, um alle mit der Erkundung zusammenhängenden Arbeiten, einem Bohrplatz und Probebohrungen wie vorgeschrieben bewältigen zu können. Ganz zu schweigen von den nötigen Rücklagen für Rückbauten von Anlagen und die anstehende Renaturierung nach eingetretenen Schäden.

Trotz wiederholter Kritik der BI an diesem offensichtlichen Sachverhalt, sah sich das LBGR bisher nicht in der Verantwortung die bestehende Aufsuchungserlaubnis zu widerrufen oder einen gegensätzlichen Nachweis zu erbringen.

Das selbst gesetzte Arbeitsprogramm wurde nicht erfüllt.

Für die meisten Verzögerungen, insbesondere die immer noch nicht abgeschlossene Auswertung seismischer Messdaten, trägt die Geschäftsführung von Jasper Resources die Verantwortung. Der ehemalige Präsident des LBGR sah sich schon 2017 dazu veranlasst, das Unternehmen wegen mehrmonatiger Verzögerungen bei der Einrei-

chung von Unterlagen öffentlich zu kritisieren. Innerhalb der 5 Jahre wurden gerade einmal ca. 25 Prozent des erforderlichen Erkundungsumfanges abgeschlossen. Das BBergG schreibt die Versagung der Verlängerung vor, wenn die Verzögerungen durch das Unternehmen zu verantworten sind.

Fristen nicht eingehalten

Gesetzlich vorgeschriebene Fristen zur Einreichung von Unterlagen und Nachweisen wurden mehrfach nicht eingehalten. Zuletzt ein Verstoß der ausländischen Muttergesellschaft Jasper Resources B.V. gegen geltende EU-Vorschriften und niederländisches Recht: Der Jahresabschluss wurde erst mit neun Monaten Verspätung bei der Handelskammer eingereicht. Es wären viele Punkte aufzuzählen, die die Zuverlässigkeit des Unternehmens vermissen lassen. **Mangelnde Zuverlässigkeit führt laut Bergrecht dazu, dass eine Verlängerung abgelehnt wird.**

Minister Steinbach ließ der BI mit Schreiben vom 29. Oktober mitteilen, dass sich das LBGR auch „in Hinblick auf die terminliche Fristsetzung bezüglich einer Entscheidung über den Verlängerungsantrag der Jasper Resources GmbH intensiv mit den vorgebrachten Einwendungen und Hinweisen“ auseinandersetze.

Wir dürfen gespannt sein.

Ralph Riesenberg

BI Gegen Gasbohren Zehdenick-Templin-Gransee

Sieg fürs Agrobusiness – Katastrophe für Natur- und Klimaschutz

Die Landwirtschaftsminister der EU-Staaten und das EU-Parlament haben sich auf eine gemeinsame Position zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geeinigt.

Monatelange zähe Verhandlungen waren der Einigung vorausgegangen, bei denen es vor allem um die Milliarden-Subventionen für die Landwirtschaft ging. Der Knackpunkt hierbei war der Anteil der Mittel, die bei der sogenannten „ersten GAP-Säule“ an Umweltauflagen für die Betriebe gebunden sind. Schätzungen von Umweltverbänden zufolge wären mindestens 50 Prozent Anteil erforderlich, um die Schadstoffbilanz des Agrarsektors deutlich zu verbessern. Doch daraus wird wohl nichts werden. Die deutsche Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat erfolgreich daran mitgewirkt, dass auch in Zukunft der Löwenanteil der Agrar-Milliarden aus Brüssel weitgehend wirkungslos nach dem Gießkannenprinzip über die landwirtschaftlichen Flächen Europas verteilt wird.

Das EU-Parlament ging bei seiner Abstimmung etwas weiter als die Agrarminister: wenn es nach dem Parlament geht, sollen künftig 30 Prozent nur dann ausgezahlt werden wenn die Landwirte sich an Maßnahmen zum Umweltschutz beteiligen - die Agrarminister hatten sich auf 20

Prozent geeinigt. Dazu gibt es noch eine Reihe von Hintertürchen. So können z.B. in einer „zweijährigen Lernphase“ die für den Schutz der Umwelt reservierten Mittel auch anderweitig vergeben werden. Das heißt im Klartext, dass die ganze Reform nochmal zwei Jahre hinausgeschoben wird.

Deutliche Worte fand die Klimaaktivistin Greta Thunberg. Sie schrieb, dass sich das EU-Parlament elf Monate nach der Ausrufung des Klimanotstands sich hinter eine Agrarpolitik gestellt habe, „die - zusammenfassend - die ökologische Zerstörung mit fast 400 Milliarden Euro antreibt“. Im Gegensatz hierzu zeigte sich der Deutsche Bauernverband (DBV), in dem vor allem die hiesigen Großbetriebe organisiert sind, recht zufrieden. Für die großen Agrarbetriebe ist ein möglichst kleiner Anteil der sogenannten Eco-Schemes wichtig, da die meisten von ihnen weder nachhaltig noch artgerecht produzieren, also auf intensiven Dünger- und Pestizideinsatz sowie Massentierhaltung setzen.

Die nächste Ausgabe des Boitzenburger Landboten wird sich ausführlich mit der Agrarsubventionierungspolitik befassen.

Ernst Wagner-Rott

Rudi Ratlos und die Verkehrswende, Teil III

Zur Krise der aktuellen Mobilität in der Provinz

Die Alternativen: Autofahren oder Zuhausebleiben

Vor einigen Wochen war im Uckermark-Kurier zu lesen, dass sich Fahrgäste der UVG wegen überfüllter Omnibusse auf der Strecke Templin – Prenzlau beschwerten. In der gleichen Ausgabe dieser Zeitung fand sich ein Artikel in dem berichtet wurde, dass auf der Straße Templin – Milmersdorf die Gleise der stillgelegten Bahnstrecke Templin – Prenzlau aus der Fahrbahn genommen werden.

Schlussstrich unter 101 Jahre Eisenbahngeschichte

Vor zwanzig Jahren wurde der Eisenbahnverkehr auf dieser Strecke eingestellt, einer Strecke, auf der bis 1995 sogar Eilzüge fuhren. Nachdem die Deutsche Bahn Netz AG dann die Strecke an die Draisinenbahnen Berlin/Brandenburg verscherbelt hatte und alsbald von der touristischen Nutzung nichts mehr zu sehen war, wurde mit dem Verkauf der Gleise als Alteisen das endgültige Aus eingeläutet.

So ein Aus gab es für diese Strecke schon einmal: 1945 wurden die Bahnanlagen demontiert und als Wiedergutmachung für die von den Deutschen angerichteten Kriegsschäden in die Sowjetunion verfrachtet. Das gleiche Schicksal traf die Strecke Templin – Fürstenwerder. Auf deren ehemalige Trasse verläuft heute der Radweg „Spur der Steine“ und verschafft Feriengästen und Einheimischen gleichermaßen die Gelegenheit emissionsfrei die Landschaft zu genießen.

Im Unterschied zu der Strecke nach Fürstenwerder war das Aus für die Prenzlauer Strecke damals kein endgültiges. 1953 wurde die Bahnstrecke wieder aufgebaut und eröffnet. Mit der erneuten Schließung 2000 ging nicht nur eine umweltfreundliche Verkehrsverbindung verloren, sondern auch eine traditionsreiche Eisenbahnlinie, die einst am 24. März 1895 eröffnet worden war.

Es geht kein Zug nach Nirgendwo

Das Ganze wirft ein Schlaglicht auf die katastrophale ÖPNV-Situation in (nicht nur) unserer Region. Daran ändern auch kleine Lichtblicke wie die Wiederbelebung der Bahnlinie Templin – Joachimsthal nichts. Eisenbahnlinien in der Hand „privater Anbieter“ müssen sich rentieren, Profit abwerfen – wenn nicht, dann sind sie schnell wieder dicht gemacht – oder die „öffentliche Hand“ ist wieder gefragt. Wenn die Regierenden in Berlin und Potsdam nicht zur Kenntnis nehmen, dass der ÖPNV eine Aufgabe zur Daseinsvorsorge der Bevölkerung ist und niemals profitorientiert funktionieren kann, zumal in einer so dünn besiedelten Gegend wie der Uckermark, wird alles so mies bleiben wie es ist.

Die alte Kiste tut's doch noch!

Die traurige Konsequenz aus dieser Situation ist nun leider, dass das Auto vorläufig in unserer Region, v.a. in den Dörfern, das wichtigste Verkehrsmittel bleibt. Heißt das nun, dass wir uns alle möglichst schnell Elektroautos kaufen sollen um die Umwelt wenigstens etwas zu entlasten?

Eine schwedische Studie aus dem Jahr 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass ein E-Auto von der Größe eines Tesla Model S sich ökologisch erst dann rechnet, wenn man mit diesem 8 Jahre lang gefahren ist – der Stromverbrauch ist hierbei gar nicht eingerechnet. Allein bei der Herstellung der Lithium-Ionen-Batterien entstehen enorme Emissionen: Pro Kilowattstunde Speicherkapazität 150 bis 200 kg Kohlendioxid-Äquivalente. Das wären im Fall des Tesla Model S mit 85 Kilowattstunden Speicherkapazität 17 Tonnen CO₂. Zum Vergleich: Der jährliche Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ beträgt in Deutschland ca. 10 Tonnen.

Auch wenn es sich verrückt anhört: Wer sein altes Auto länger fährt spart CO₂-Emissionen – auch wenn die Automobilhersteller und ihre Freunde in der Regierung das nicht gerne hören. Nach einer Umfrage der Gebrauchtwagenbörse „Autoscout 24“ behält der durchschnittliche Autofahrer sein Auto nur 4 bis 6 Jahre. Der häufigste Grund für einen Fahrzeugwechsel ist die Angst vor Reparaturen. Es ist natürlich richtig, dass an einem alten Auto öfter etwas kaputt geht als bei einem neuen. Aber bei uns in der Region gibt es viele kleine typenoffene Werkstätten, die zu günstigen Preisen ältere Autos reparieren, wobei auch häufig überholte Austauschteile oder Gebrauchtteile verwendet werden – und auch auf diese Weise Ressourcen gespart werden. Der Verfasser dieses Artikels fährt einen 23 Jahre alten Van und spricht aus Erfahrung.



Die Gleise sind in Großsperrrenwalde längst verschwunden

Die Verkehrswende selbst in die Hand nehmen

Auf sinnvolle Maßnahmen der Bundesregierung wird man wohl lange warten können und die Brandenburgische Landesregierung verschläft auch ihre Möglichkeiten – Es sei denn, die Bürgerinnen und Bürger nehmen sich ihr Recht grundsätzlich etwas zu verändern und wecken sie auf. Wer es ernst meint mit dem Kampf gegen den Klimawandel, könnte mit der Unterstützung der „**Volksinitiative: Verkehrswende Brandenburg jetzt**“ einen Anfang machen, so wie das Jugendbündnis Templin.

Die „Volksinitiative: Verkehrswende Brandenburg jetzt!“ fordert ein umfassendes Mobilitätskonzept für Brandenburg mit folgenden Kernzielen:

Mehr öffentlicher Nahverkehr: Das Angebot des ÖPNV muss flächendeckend ausgebaut und barrierefrei gestaltet werden. Ein einfaches und günstiges Tarifsystem soll den Zugang zu diesen Angeboten erleichtern.

Den Radverkehr stärken. Wir brauchen überall sichere und attraktive Radwege, die es möglichst vielen Menschen

ermöglichen, das Rad in Alltag und Freizeit als Verkehrsmittel zu nutzen.

Attraktive Fußwege: Das Zu-Fuß-Gehen muss für Alle, von jung bis alt, zu einer sicheren, barrierefreien und attraktiven öffentlichen Form der Fortbewegung werden. Die Gestaltung des Raumes soll sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten.

Güterverkehr auf die Schiene: Den Güterverkehr endlich stärker auf die Schiene verlagern. Das ungebremste Wachstum des LKW-Verkehrs mit allen negativen Folgeerscheinungen darf nicht länger hingenommen werden.

Verkehrswende jetzt: Die Verkehrswende darf nicht länger aufgeschoben werden. Um unsere Mobilität neu zu gestalten, brauchen wir ein Mobilitätsgesetz mit verbindlichen Zielen und einem festen Zeitplan.

Informationen und Unterschriftenlisten erhält man unter: www.brandenburg-mitbestimmen.de

Ernst Wagner-Rott

Buchbesprechung:

Schaden in der Oberleitung

Die vielfältigen Probleme bei der Deutschen Bahn sind kein Zufall. Dieses Desaster, mit dem täglich tausende Reisende konfrontiert sind, ist geplant. Die Täter sitzen im Aufsichtsrat, im Vorstand und im Bundestag. Arno Luik, bekennender Fan von Zugreisen und einer der profiliertesten Bahnkritiker, hat 2019 ein Buch über das Drama „Deutsche Bahn“ veröffentlicht, das seinesgleichen sucht. Wer davon ausgeht, dass eine dringend erforderliche Verkehrswende nur gelingt, wenn die öffentlichen Verkehrsmittel auf Vordermann gebracht werden, kommt an diesem Buch nicht vorbei.

Arno Luik, geb. 1955, war Reporter für Tempo und die Wochenpost, Autor für Geo und den Tagesspiegel, war Chefredakteur der taz (1995/96) und seit 2000 ist er Autor der Zeitschrift Stern. Für seine Berichterstattung in Sachen Stuttgart 21 erhielt er 2010 den „Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen“ des Netzwerks Recherche. 2015, bei der Anhörung des Deutschen Bundestags „Offene Fragen zum Bahnhofprojekt Stuttgart 21 aufklären“ war Luik als Sachverständiger geladen.

Akribisch hat Arno Luik über Jahrzehnte recherchiert, wie die Deutsche Bahn zugrunde gerichtet wurde. Besonders deutlich wird dies an der Geschichte von „Stuttgart 21“, über dessen Werdegang nach wie vor die abenteuerlichsten Märchen im Umlauf sind. Die Wahrheit ist mehr als erschreckend.

Dieses Buch liest sich wie ein spannender Thriller, leider allzu realistisch mit ungewissem Ausgang.

Wir empfehlen „Schaden in der Oberleitung“ allen, die genau und gründlich wissen wollen, woran die Verkehrswende krankt, wer die Schuld an diesem Drama trägt - aber auch wie wichtig es ist, endlich energisch gegen diesen Wahnsinn vorzugehen.

Ute Rott



„Schaden in der Oberleitung - Das geplante Desaster der Deutschen Bahn“ ist beim westend Verlag erschienen, kostet € 20,00 und ist über den örtlichen Buchhandel erhältlich.

ISBN 9783864892677

Kritik und Wahrheit stehen in Südtirol vor Gericht

Das Umweltinstitut München ist bekannt dafür, gradlinig und unbeugsam gegen die Vergiftung unserer Welt mit zahlreichen und hochgefährlichen Ackergiften vorzugehen. Alexander Schiebel, ein bekannter österreichischer Dokumentarfilmer und der oekom verlag, der sein Buch „Das Wunder von Mals“ veröffentlicht hat, stehen zusammen mit dem engagierten Mitarbeiter des Umweltinstituts München Karl Bär in Bozen vor Gericht, da sie veröffentlicht haben, welche Umweltverbrechen in den Südtiroler Apfelplantagen begangen wurden und werden und welche Auswirkungen das auf ganz Südtirol und nicht zuletzt auf die Biobauern der Region hat.

Das ist ein Thema, das uns alle betrifft. Das Umweltinstitut München hat in einer Langzeitstudie (hier im Boitzenburger Landboten nachzulesen) nachgewiesen, dass Ackergifte in allen Regionen Deutschlands zu finden sind - auch in abgelegenen Naturschutzgebieten wie dem Bayerischen

Wald oder im Harz.

Der Prozess, der durch die Anzeige des Landrates Arnold Schuler und tausend konventionellen Obstbauern ins Laufen kam, ist ein einziger Skandal. Erst gab es die Ankündigung, die Anzeige auf Druck der Öffentlichkeit, die die Fakten über den Pestizideinsatz kennt, zurück zu ziehen, aber dann ging es doch weiter. Er ist nicht nur ein unglaublicher Angriff auf die Meinungsfreiheit, er ist zudem ein Angriff auf die Freiheit, gesund zu leben. Denn die Gewinne, die durch Agrargifte zu erzielen sind, scheinen wichtiger zu sein, als ein lebenswertes Leben der örtlichen Bevölkerung.

Wer sich darüber näher informieren möchte, kann dies auf der Seite des Umweltinstituts München tun.
<http://www.umweltinstitut.org>

Ute Rott

Fridays For Future am 25.09. in Templin

Vielleicht hatte der eine oder die andere gehofft, dass das FFF der Coronakrise zum Opfer fällt. Weit gefehlt! Am 25.09. wurde zum weltweiten Klimastreik aufgerufen. Das Jugendbündnis Templin hatte wie immer eine Demo mit Abschlusskundgebung organisiert. Bei strömendem Regen kamen in Templin über 100 Teilnehmer, die auch bis zum Schluss durchhielten.

Es war eine bunte und vielfältige Aktion. Besonders beeindruckend waren die Redebeiträge, die davon zeugten, dass sich unsere Kinder und Jugendlichen viele und gute Gedanken machen, wie es weitergehen soll.

Schon in den letzten Ankündigungen des Jugendbündnisses Templin wurde deutlich, dass es ein Bewusstsein gibt, was es ausmacht einer Gesellschaft alle kulturellen Aktivitäten zu entziehen. Zum Waldkonzert einzuladen, mit Musik, Poetry Slam und Gedichten zum Wald ist wichtig. So ein Erlebnis dient gleichermaßen dazu auf die Probleme des Waldes aufmerksam zu machen, zwischenmenschlichen Zusammenhalt möglich zu machen und weiterhin kulturschaffend tätig zu sein.

Ute Rott



BI Eselshütt

Wir bitten um Spenden
für unsere Arbeit gegen industrielle Tierhaltung
und für eine intakte Umwelt!
Kein Ausverkauf der Uckermark!

gut.org
IBAN DE3051230800000053333
BIC WIREDEMMXXX
BI Eselshuett / Stoppt den Megastall 39.900 Legehennen
Eselshuett Uckermark

Zum Schluss:
Das Allerletzte

Kein Ende mit der Profitgier aus industrieller Tierhaltung!
Nachdem die Eierfabrik in Boitzenburg abgewendet wurde, soll nun eine
Massentierhaltungsanlage in Kuhz entstehen.

Der Boitzenburger Landbote wird berichten.